

Zur Einführung: Globalisierung und Bildung – ein Problemaufriss

(In: *Jahrbuch für Pädagogik 2004. Globalisierung und Bildung* Redaktion Gerd Steffens und Edgar Weiß. S. 9 – 34)

1. Zur Phänomenologie der Globalisierung

Die unter den inzwischen nachgerade inflationär gebrauchten Terminus „Globalisierung“ subsumierten Phänomene und Prozesse sind über weite Strecken als empirische Gegebenheiten ebenso unstrittig wie deren Bewertung und der Begriff selbst strittig sind. Dienen „Globalisierung“ und das entsprechende Adjektiv einerseits zur kategorialen Kennzeichnung eines angebrochenen, vermittelt einer Reihe zu markierender Eigenheiten gegenüber anderen Epochen deutlich abgrenzbaren „Zeitalters“ (Albrow 1998; Seitz 2000; Hornstein 2001; Beck 2002), so werden anderweitig der Innovationsgehalt als prinzipieller in Abrede gestellt (Wallerstein 1979) oder andere Begriffe („Internationalisierung“, „Denationalisierung“) für die gleichen Sachverhalte vorgezogen (Hirst/Thompson 1998; Zürn 1998). Die Einschätzungs- und Begriffskontroversen reichen von der Behauptung einer „Globalisierungsfalle“ (Martin/Schumann 1996) bis zu derjenigen einer „Globalisierungslüge“ (Zugehör 1998).

Gleichwohl besteht offenkundig kein grundlegender Dissens über die Feststellbarkeit jener Veränderungen, für die – bei allen sonstigen Diskussionen – der Globalisierungsbegriff geläufig geworden ist. Konstatiert wird allenthalben ein mehrdimensionaler und folgenreicher Entgrenzungsprozess mit spezifischer sozioökonomischer, kultureller und politischer Ausprägung. In diesem Sinne meint Globalisierung das „Grenzenloswerden alltäglichen Handelns in den verschiedenen Dimensionen der Wirtschaft, der Information, der Ökologie, der Technik, der transkulturellen Konflikte und Zivilgesellschaft“ (Beck 1997 c, S. 44), „den zunehmenden Umfang und die Intensivierung von Verkehrs-, Kommunikations- und Austauschbeziehungen über nationale Grenzen hinweg“ (Habermas 1998 a, S. 101), die „Ausdehnung des Zugriffs einer kleinen Zahl von beherrschenden Nationen auf die Gesamtheit der weltweiten Finanzmärkte“ im Kontext eines „neoliberalen Marktfundamentalismus“ (Bourdieu 1998, S. 47; Altwater/Mahnkopf 1996, S. 76) und die „zunehmende Trennung von Macht und Politik“ (Bauman 2000, S. 174). Albrow benennt zusammenfassend fünf Elemente, die aus seiner Sicht den Epochencharakter der Globalisierung begründen: 1. globale Umweltfolgen, 2. Waffensysteme mit globalem Destruktionspotential, 3. die Globalität von Kommunikationssystemen, 4. eine globale Ökonomie und 5. die Reflexivität der Globalisierung im Sinne der Herleitung von Wertvorstellungen aus globalen Kontexten (Albrow 1998, S. 14).

Die betreffenden Phänomene sind in der Tat schwerlich zu übersehen. Dass das Informations- und Kommunikationswesen, dessen Entwicklung schon vor Jahrzehnten zur Rede vom „global village“ führte (McLuhan 1992), transkontinentale Nachrichtenübermittlung in Sekundenschnelle erlaubt, dass elektronische Verkehrswege rund um den Erdball vernetzt sind, dass Automatisierung, Computerisierung und Internet weltweit Information, Kooperation und Arbeitsteilung ermöglichen, ist ebenso bekannt wie das Auswirkungspotential nuklearer Genozidmaschinen.¹ Die „Globalisierung der Zivilisationsrisiken“ (Beck 1986, S. 48 ff.) ist offenkundig, die die Menschheit letztlich als ganze gefährdenden Folgen

radioaktiver Strahlung, industrieller Giftgasfreisetzungen, Bodenverseuchungen, Gewässerverunreinigungen und durch ökologische Rücksichtslosigkeit bedingter Klimaveränderungen sind seit langem thematisch. Ebenso offensichtlich ist der Umstand, dass eine postfordistisch-neoliberale Ökonomie (Hirsch/Roth 1986) den durch staatsinterventionistische Praktiken, keynesianische Maßnahmen, soziale Sicherungsleistungen u. a. charakterisierten *frühen Neo- oder Spätkapitalismus* (vgl. etwa Baran/Sweezy 1973; Habermas 1977; Offe 1977) unter partieller Wiederannäherung an *laissez-faire-kapitalistische* Prinzipien abgelöst hat (vgl. z. B. Zürn 1998, S. 78 ff.).²

Das „Zeitalter der Globalisierung“ ist geprägt durch den Abbau von Handelsschranken, gesteigerte Kapitalmobilität, weltumspannende Finanz- und Kapitalbeziehungen, transnationale Unternehmensstrategien mit entsprechender Arbeitsteilung und Kostenminimierung durch Standortverlagerung und -diversifikation, Transfer-Pricing-Methoden und Steuerflucht sowie die grenzüberschreitende Expansion von Konsummustern (vgl. z. B. Reich 1993; Beck 1997c; Die Gruppe von Lissabon 1997; Zürn 1998). Der wachsenden Entfesselung der Eigendynamik globaler Märkte, dem neuen „Terror der Ökonomie“ (Forrester 1997), entspricht, was unter Formeln wie „Abschied vom Nationalstaat“ (Albrow 1998), „Das Ende der Nationen“ (Guéhenno 1996, S. 17 ff.), „postnationale Konstellation“ (Habermas 1998 a) und „Abdankung“ bzw. „Ende der Politik“ (Habermas 1996, S. 148; Guéhenno 1996, S. 39 ff.) diskutiert wird: Generell ist ein zunehmender Verzicht auf nationalstaatliche Regulierungspraktiken zu konstatieren, was sich an der Privatisierung vormals öffentlicher Unternehmen, der Deregulierung der Arbeitsmärkte, der Liberalisierung von Preisen und Wechselkursen sowie dem folgenreichen Abbau des Sozialstaats zeigt. Freilich darf ein „Ende“ des Nationalstaats und der Politik keineswegs undifferenziert oder gar absolut behauptet werden: Entgrenzungsprozesse werden schließlich „politisch moderiert“ (Mahnkopf 1998, S. 1321), Nationalstaaten bleiben einstweilen die „Hauptakteure“ internationaler Politik, sie mobilisieren ihren Möglichkeiten entsprechend Energien im Kontext der Standortkonkurrenz, sie schaffen „die infrastrukturelle Voraussetzung des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsinteresses“ und fungieren, wie nicht zuletzt fortlaufend ausgeweitete Steuerbegünstigungen belegen, somit als „Partner“ von Unternehmerinteressen (Nuscheler 2000 b, S. 244; Zugehör 1998, S. 109; vgl. auch Beck 1997 c; Zürn 1998).

Die „Epoche der Globalisierung“ ist eine solche der wachsenden Diskrepanzen und Konfliktpotentiale. Das aufgrund der Vernetzung der Finanzmärkte in hohem Maße flexible transnationale Kapital, das – erfolgreicher als die krisenanfälligen kleinen und mittleren Unternehmen – im internationalen Wettbewerb zu reüssieren vermag, kann Rekordgewinne verzeichnen, die mit dem massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen einhergehen. Die progredierende Kluft zwischen „Globalisierungsgewinnern“ und „Globalisierungsverlierern“ ist eindeutig: Die längst chronische Massenarbeitslosigkeit, das Erreichen der Leistungsgrenzen der sozialen Versicherungssysteme, die zunehmende Diskrepanz von (zumindest relativer) Armut und Reichtum, wachsende soziale Unsicherheit und die Marginalisierung der ökonomisch Schwachen erweisen sich seit langem als alarmierende Signale. Insgesamt ist für die letzten Jahrzehnte ein rasanter Anstieg der Unternehmerngewinne bei eklatanter Benachteiligung der Lohnabhängigen und auf Kosten des Staatseinkommens zu verzeichnen (Beck 1997 c; Heitmeyer 1997; Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001). Unter dem Stichwort der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ (Glotz 1984) ist die aktuelle Form einer „entsolidarisierten Krisenbewältigung“ beschrieben worden, die „mit hoher Arbeitslosigkeit lebt, [...] eine

neue Armut duldet, den Kern der Arbeiterschaft einigermaßen sichert, konfliktunfähige Randgruppen aber ausgrenzt“ (Glotz 1989, S. 50). Sozialdarwinistische Stabilisierungsmuster dieses Zuschnitts werden durch ein Technifizierungsniveau begünstigt, das die Zugriffsmöglichkeit auf eine „industrielle Reservearmee“ im Hinblick auf die materielle gesellschaftliche Reproduktion weitgehend entbehrlich macht – bereits 1989 war die Bundesrepublik hochgradig (ca. 80 % der Beschäftigten) Dienstleistungsgesellschaft (Matthies u. a. 1994, S. 20), deren Branchen freilich von modernen, menschliche Arbeitskraft ersetzenden Technologien ebenfalls in rasantem Tempo heimgesucht werden (Rifkin 2004, S. 130 ff.). In steigendem Maße werden Teile der Bevölkerung als ökonomisch „überflüssig“ marginalisiert, das Anwachsen einer „deklassierten Unterklasse“ von *misérables* bei gleichzeitigem Erstarken eines aggressiven „Wohlstandschauvinismus“ auf Seiten der nicht zuletzt durch eine systematische „Sozialhilfe für Reiche“ (AG TuWas 1993) ohnedies Begünstigten ist zu befürchten (Habermas 1998 b, S. 68; Mahnkopf 1998, S. 1325).

Im Weltmaßstab zeigen sich – in großenteils weitaus drastischerer Ausformung – dieselben Tendenzen. Der Anteil der Lohnbeziehenden am gesellschaftlichen Reichtum sinkt generell, Hunger und Armut in der „Dritten Welt“ breiten sich aus, während die von den OECD-Ländern geleistete Entwicklungshilfe zurückgeschraubt wird (Reich 1993, S. 232 ff.; Martin/Schumann 1996; Nuscheler 2000 a). Die Besorgnis, dass die soziale Entwicklung zur Herausbildung einer „20:80-Gesellschaft“ führt, dass im 21. Jahrhundert schließlich 20 % der arbeitsfähigen Bevölkerung ausreichen werden, um die Weltwirtschaft in Gang zu halten (Martin/Schumann 1996, S. 9 ff.), ist im Weltmaßstab bereits Realität: Weltweit akkumulieren 358 Milliardäre ein Vermögen wie knapp die Hälfte der Weltbevölkerung (rd. 2,5 Milliarden Menschen) zusammen (Zugehör 1998, S. 48). Zu befürchten ist, dass sich ohne Bändigung des Konkurrenzprinzips in zunehmendem Maße sozialdarwinistische Praktiken unter Ignoranz sozialstaatlicher Prinzipien und ökologischer Grenzen hemmungslos durchsetzen und eine wachsende „Clochardisierung“ globalen Ausmaßes“ erfolgen wird (Die Gruppe von Lissabon 1997; Narr/Schubert 1994, S. 74).

Ökonomische Globalisierung geht mit starken Migrationsbewegungen und der Entstehung multiethnischer und multikultureller Gesellschaften einher. Die darin liegende Chance, nationale Einfalt durch kulturelle Vielfalt und eine wechselseitige Ergänzung und Durchdringung von Kulturbeständen zu überwinden (Miksch 1989), wird durch gegenläufige Reaktionsbildungen überschattet. Kulturelle Globalisierung bedeutet keineswegs unbedingt die Entstehung einer Verschiedenheiten zwanglos integrierenden universellen Globalkultur (Robertson 1992), sie kann auch mit folgenreichen Identitätskrisen, xenophobischen Reaktionsmustern, Ethnozentrismen und dem Erstarken fundamentalistischer Haltungen, sie kann – wie die deutschen Erfahrungen der frühen neunziger Jahre zeigen – mit dem Wiederaufleben rechtsextremistischer Orientierungen und ihrer zunehmenden Verlagerung ins Zentrum der Gesellschaft einhergehen; sie kann zum harten Aufeinanderprallen divergenter Selbstverständnisse und zu deren Stilisierung zum unveröhnlichen „Kulturkampf“ (Huntington 1996) führen, zu einem Aufeinanderprallen, das sich – wie spätestens der Anschlag vom 11. September 2001 und die auf ihn folgenden Reaktionen von weltpolitischer Tragweite gezeigt haben – in den Aktionen eines globalisierten Terrorismus und revanchistischer Eroberungsfeldzüge entladen kann, was in die Richtung der finsternen Prognosen eines heraufkommenden „imperialen Zeitalters“ bzw. eines exterritorialiserten „Empire“ weist (Guéhenno 1996, S. 99 ff., 165; Hardt/Negri 2000).

2. Begriffsprobleme und Theoriekonzepte

Ungeachtet weitgehender Übereinstimmung in den empirischen Bestandsaufnahmen sind, wie bereits erwähnt, der Begriff der Globalisierung und die perspektivische Einschätzung der entsprechenden Gegebenheiten keineswegs unstrittig. Wird mit „Globalisierung“ einerseits primär die weltweite Durchsetzung kapitalistischer Exploitationsverhältnisse assoziiert (Martin/Schumann 1996; Altvater/Mahnkopf 1996), so spricht Zugehör von einer „Globalisierungslüge“. Die Globalisierungsthese wäre demnach nichts weiter als ein Erklärungsmuster „zur Durchsetzung von Kapitalinteressen“, vermittelt dessen ein vermeintlicher „Sachzwang Weltmarkt“ als Legitimierungsfundament für die Forderung nach Abschaffung der Vermögenssteuer oder der Steuersenkung für Unternehmen erhalten soll (Zugehör 1998, S. 23).

Wenngleich der Begriff zweifellos häufig in dieser Weise instrumentalisiert wird und die Kritik dieser Strategie gewiss verdienstvoll ist (vgl. dazu auch Lafontaine/Müller 1998), reduziert die These der „Globalisierungslüge“ das Globalisierungsverständnis a limine auf die Ideologie des Neoliberalismus, womit die Vieldimensionalität und die Interdependenzen eines komplexen Wirkungszusammenhanges letztlich nurmehr verkürzt in den Blick geraten – Beck hat eine solche Perspektivenverengung unter dem Begriff des „Globalismus“ kritisiert (Beck 1997 c, S. 26). Nichtsdestoweniger impliziert die These der „Globalisierungslüge“ einen fraglos berechtigten Einwand, der, sofern man den Globalisierungsbegriff ohne Kritikdefizit beibehalten will, zur Präzisierung nötigt: „Globalisierung“ kann allenfalls Prozesse der Entgrenzung mit wachsender Gesamttendenz bezeichnen, nicht hingegen einen mehr oder minder „vollendeten“ Zustand. Denn „ökonomische Globalisierung“ erweist sich bislang de facto lediglich als Intensivierung der wirtschaftlichen Interdependenzen zwischen Industrieländern, als „Triadisierung der Welthandelsstrukturen“, die sich im wesentlichen auf die drei großen Handelsblöcke EU/EFTA, NAFTA und ASEAN beschränkt (Die Gruppe von Lissabon 1997, S. 108 ff.; Zugehör 1998, S. 50 ff., 58; Zürn 1998, S. 66): Die USA, Kanada, Japan sowie die EU/EFTA-Mitgliedsstaaten wickeln derzeit rd. 70 % des Welthandels ab, die zehn ökonomisch stärksten Schwellenländer an den Rändern der OECD weitere 14 %, so dass rd. 84 % des Welthandels zwischen Ländern getätigt werden, in denen nur rd. 28 % der Weltbevölkerung leben (Zürn 1998, S. 66).

Auch die – tendenziell globale – elektronische Vernetzung ist de facto nicht etwa in dem Sinne „global“, dass weltweit Chancengleichheit hinsichtlich der Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten bestünde. Allein die Region Tokios (ca. 24 Mio. EinwohnerInnen) verfügt über mehr Telefonanschlüsse als ganz Afrika (ca. 500 Mio. EinwohnerInnen), Japan (ca. 110 Mio. EinwohnerInnen) über mehr Anschlüsse als alle Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (ca. 3 Mrd. EinwohnerInnen) zusammen (Die Gruppe von Lissabon 1997, S. 157). Entsprechend bleibt etwa die Internetversorgung im afrikanischen Sub-Sahara-Gebiet weit hinter der US-amerikanischen zurück (Scheunpflug 2003, S. 161; Blömeke in diesem Band).

Erweist sich „Globalisierung“ bislang aber gewissermaßen³ erst als begrenzte Internationalisierung mit Ausweitungstendenzen, so ist damit auch der Epochencharakter der Globalisierung in Frage gestellt. Denn Internationalisierungsprozesse sind ein keineswegs neues Phänomen, wie der Beginn der „Globalisierungsära“ überhaupt selten trennscharf markiert wird. Gewiss

hat die Computerisierung seit den 80er Jahren einschneidende Veränderungen bewirkt, gewiss sind sozio-ökonomische Entgrenzungsprozesse mit der weltpolitischen Zäsur von 1989/90 (Czempiel 1991) ungebremst zum Durchbruch gelangt. Aber an der Globalisierung massiver Risikopotentiale konnte spätestens seit den Bombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 nicht mehr ernsthaft zu zweifeln sein – zahlreiche nachfolgende Erfahrungen mit der Nutzung von Atomkraft wiesen in die gleiche Richtung (vgl. Schell 1982; Traube u. a. 1986). Auch die Globalisierungseffekte moderner Kommunikationssysteme begannen weit vor der Etablierung des Internet mit der Erfindung und Verbreitung von Funk, Telefon und TV-Geräten. Und die Entstehung „allseitigen Verkehrs“ und „allseitiger Abhängigkeiten der Nationen voneinander“ waren schon Marx und Engels bekannt, die zu konstatieren wussten, dass die Bourgeoisie durch die Exploitation des Weltmarktes Produktion und Konsumtion „kosmopolitisch“ gestaltet (Marx/Engels 1848, S. 466).

Für Wallerstein beginnt dieser Prozess im „langen 16. Jahrhundert“ (1440–1640), in dem ein freilich in verschiedenen historischen Gestaltungsformen auftretendes, den entscheidenden Strukturmerkmalen nach aber unverändert bestehendes kapitalistisches Weltsystem entstanden sei, als dessen Wesensmerkmal die Produktion zwecks Realisierung höchstmöglicher Profite begriffen werden müsse (Wallerstein 1979, S. 53, 43). Demnach bildete sich bereits damals eine nach Zentren, Peripherien (von den Zentren ausgebeutete Zonen mit Rohstoffherzeugung- und Zulieferungsfunktion) und Semiperipherien (Schwellenländer) gesonderte, hierarchisierte und durch eine entsprechende internationale Arbeitsteilung charakterisierte Weltökonomie heraus, die durchaus mit dem Fortbestehen divergenter Regionalgesellschaften, mit verschiedenen politischen Systemen der Nationalstaaten und auch mit Auf- und Abstiegsmöglichkeiten einzelner geographischer Bereiche kompatibel sei (Hopkins/Wallerstein 1979, S. 156 ff.). Der Kapitalismus wurde aus dieser Perspektive nicht erst im 20. Jahrhundert „global“, sondern war es wesensgemäß von Beginn an (Wallerstein 1979, S. 47; Hopkins/Wallerstein 1979, S. 174), wohingegen andere Ansätze (Robertson 1992; Albrow 1989) die Herausbildung eines umfassenden Globalsystems in Abrede stellen.

Wenngleich die die Weltwirtschaft beherrschende Rolle des Kapitalismus plausibel gewiss nicht zu bestreiten ist, lässt sich Wallersteins Argumentation als „ökonomistisch“, die Vielzahl und Wechselwirkungen der Globalisierungsdimensionen allzu stark vernachlässigend kritisieren (vgl. z. B. Beck 1997c, S. 63 ff.). Systemtheoretische Erklärungsansätze, die in der Globalisierungsdebatte – gerade auch der pädagogischen (vgl. Seitz 2002) – auf beachtliche Gefolgschaft stoßen, neigen überhaupt dazu, die Weltgesellschaft gewissermaßen als „Mega-Nationalgesellschaft“ bzw. als Vielheit, Widersprüche und Nicht-Integriertheit unterbelichtet lassende Ganzheit zu betrachten (Beck 1997 c, S. 31) – das gilt nicht nur für Wallerstein, sondern auch für die so anders geartete Systemtheorie Luhmannscher Provenienz (Luhmann 1997). Ist Globalisierung gewiss nicht in jeder Hinsicht ein völliges Novum, so gibt es, was systemtheoretische Ansätze eher verdunkeln, durchaus gute Gründe, ihr im Vergleich mit früheren Internationalisierungsprozessen insgesamt eine neue Qualität zuzusprechen. Dies gilt in Anbetracht des weitreichenden Verlusts nationalstaatlicher Kontroll- und Lenkungsmöglichkeiten, der „Ortlosigkeit“ von Gemeinschaft, Arbeit und Kapital, der „Globalisierung der Zivilisationsrisiken“, des Ausmaßes kommunikativer Vernetzung vermittelt elektronischer Medien und des Phänomens des „jobless growth“, des ökonomischen Wachstums trotz bzw. wegen des gleichzeitigen Abbaus des

gesellschaftlichen Arbeitsvolumens (Beck 1997 c, S. 31 f., 112 f.; Martin/Schumann 1996, S. 157 f.; Forrester 1997, S. 120 ff.; Rifkin 2004).

Demgemäß wird, während Globalität für Wallerstein ein prämodernes Phänomen darstellt, Globalisierung in verschiedenen Ansätzen auf jeweils spezifische Weise mit der Moderne in Verbindung gebracht: Giddens sieht in der Globalisierung eine „Konsequenz“, Albrow hingegen den „Niedergang“ der Moderne (Giddens 1995; Albrow 1998, S. 87 ff.). Demgegenüber haben die Überlegungen Becks den Vorteil, weder konstatierbare Kontinuitätslinien noch die Innovationsgehalte von Globalisierung leugnen zu müssen: Er begreift diese nicht als einen Bruch *mit*, sondern als einen Wandel *in* der Moderne – als „zweite Moderne“, in der die Modernisierungs-„Erfolge“ „reflexiv“ werden, in der letztere also als Risiken auf die Moderne zurückwirken, womit einstweilen offen bleibt, ob das „Projekt Moderne“ adäquat fortentwickelt oder aber letztlich zum „Untergangs-Projekt“ wird (Beck 1986, S. 254 ff.; Beck/Giddens/Lash 1996).

3. Gefahren, Chancen, Aufgaben

Im Kontext ökonomischer Globalisierung gemäß neoliberaler Handlungsmaximen haben sich die Armutproblematik, Einkommens- und Chancendiskrepanzen weltweit verschärft, die Globalisierung der „Zivilisationsrisiken“ ist längst zur Lebensbedrohung der Menschheit geworden, kulturelle Globalisierung geht bislang mit Konflikten einher, die bis auf weiteres noch durch keinen (ebenso wohlmeinenden wie aporetischen) Appell an die kollektive Selbstverpflichtung auf ein holistisches „Weltethos“ (Küng 1990) befriedet werden konnten. Nichtsdestoweniger wäre es unangemessen, das *dialektische Potential* des Globalisierungsprozesses zugunsten einer einseitigen Perhorreszierung auszublenden.

Trotz ihrer bislang über weite Strecken bedrückenden Folgen markiert Globalisierung eine Herausforderung, die auch Chancen birgt, die freilich nur wahrzunehmen sein werden, sofern sich einschneidende sozio-ökonomische und politische Umorientierungen realisieren lassen. Keineswegs aussichtsreich zu sein vermag – wenn man das meist im Kontext „globalistischer“ Positionen gebrauchte Etikett wörtlich nimmt – eine generelle „Anti-Globalisierungs“-Haltung, denn der Globalisierung neoliberaler Strategien kann effizient allenfalls durch die Globalisierung humaner, sozial gerechter und ökologisch tragfähiger Prinzipien, Strukturen und Praktiken entgegengewirkt werden.

Globales Denken und Handeln wäre nicht dem transnationalen Kapital, das es – in instrumentalistischer Begrenzung – derzeit am wirkungsmächtigsten repräsentiert, zu überlassen, es wäre in universalistisch-emanzipatorischer Intention, mit der es bereits bei Marx und Engels postuliert wurde (Marx/Engels 1848, S. 493), als „weltbürgerliche“ Angelegenheit zu entfalten (Beck 1998 b, S. 19, 61 ff.). In diesem Sinne ist darauf hingewiesen worden, dass den Herausforderungen der Globalisierung auf rationale Weise nur zu begegnen sein wird, „wenn es gelingt, in der postnationalen Konstellation neue Formen einer demokratischen Selbststeuerung der Gesellschaft zu entwickeln“ (Habermas 1998 a, S. 134), wenn es zum Aufbau einer dem Namen gerecht werdenden „Cosmopolitan Democracy“ (Archibugi/Held 1995) kommt, wenn Globalisierungsprozesse der Kontrolle durch einen kritischen Diskurs der Weltöffentlichkeit ausgesetzt werden (Apel/Hösle/Simon-Schaefer 1998).

Damit ist freilich nicht weniger gefordert als der Vollzug globaler Strukturveränderungen im Sinne einer „neuen Integrationsform weltbürgerlicher

Solidarität“, einer Institutionalisierung transnationaler Willensbildung und Interessenabstimmung, einer konsensorientierten „Weltinnenpolitik“ (Habermas 1998 a, S. 87 ff.; Senghaas 1994, S. 170 ff.), oder – mit einem inzwischen stark strapazierten Begriff – einer „Global Governance“ (Held 1995; Nuscheler 2000 a). Die ihr zugrunde liegende Idee ist nicht die einer Weltregierung oder eines Weltstaates, denn von einer solchen „bürokratischen Superbehörde“ wäre allenfalls ein „globaler Leviathan“ (Dror 1995, S. 264) zu erwarten, der „alle bekannten Übel des Zentralismus und Bürokratismus potenzieren“ würde (Nuscheler 2000 b, S. 242). Vielmehr entspräche Global Governance eher der schon von Kant (1795) postulierten Weltföderation freier Republiken (Habermas 2004, S. 113 ff.) mit einem notwendigen Minimum an Zentralstaatlichkeit und der regulierenden Kraft eines verbindlichen Völkerrechts auf der Grundlage universeller Menschenrechte. Der Aufbau in diesem Sinne effizienter supranationaler Institutionen ist freilich überaus anspruchsvoll und mit Problemen verbunden, vor deren Unterschätzung mit gutem Grund nachdrücklich gewarnt worden ist (vgl. z. B. Brand u. a. 2000; Narr 2001). Gewiss dürfte allenfalls mittel- und langfristige Wirkungsmächtiger supranationaler Institutionen, die der faktischen (nicht, wie es bislang immer wieder der Fall war, heuchlerischen) Akzeptanz universalistischer Prinzipien, humaner Solidarität und rationaler Argumentation verpflichtet wären, jener globale Wandel zu bewerkstelligen sein, der im Interesse des Überlebens der Menschheit, der Überwindung sozialdarwinistischer Handlungsmuster, offener und struktureller Gewalt, der Sicherung globaler Verteilungsgerechtigkeit und Wohlfahrt letztlich unabdingbar sein dürfte (Senghaas 1994). Die notwendigen Implikationen solchen Wandels wären unterdessen immens: Sie umfassen z. B. die konsequente Bereitschaft zur Verrechtlichung internationaler Beziehungen, die Überwindung der Wildwüchsigkeit kapitalistischen Wachstums durch einen konsensuell getragenen weltökonomischen Ordnungsrahmen, Maßnahmen zur Umverteilung vorhandenen Reichtums, die wirksame Einschränkung von Kapitalfluchtmöglichkeiten, die längerfristig vielleicht nahezu vollständig mögliche Ersetzung der bisher noch dominanten fordistisch-fossilistischen Energiegewinnung durch neue, insbesondere seit den 90er Jahren entwickelte Technologien (vgl. Rifkin 2004), die Umstellung von Kostensenkungswettbewerb und Standortkonkurrenz auf einen Produktivitätswettbewerb gemäß globalisierbarer Umweltstandards (Lafontaine/Müller 1996; Daly 1999), die entsprechende Bereitschaft zur Entwicklung alternativer, ökologisch zuträglicher Lebensformen und den Verzicht auf hedonistische Konsummentalität⁴, ein neuer, sozial akzeptabler Umgang mit der irreversiblen Verknappung der Erwerbsarbeit (Rifkin 2004) und deren Entkopplung von Einkommen bei steuerfinanzierter Grundsicherung (Altvater/Mahnkopf 1996, S. 589 f.).

Effiziente Schritte in dieser Richtung sind „von den regierenden Eliten nicht zu erwarten, bevor nicht die Bevölkerungen einen solchen Bewußtseinswandel prämiieren“ (Habermas 1998 a, S. 88) – zumal sich die jeweiligen Regierungsparteien und ihre parlamentarischen Oppositionen nationenübergreifend zumeist weitgehend aneinander angepasst haben (vgl. Giddens 1997). Wenngleich sich diesbezüglich Hoffnungen auf zivilgesellschaftliche Initiativen, soziale Bewegungen und Nongovernmental Organizations, die in den globalen Politikbezügen längst zu einem (angesichts der globalen Situation einstweilen freilich allzu ohnmächtigen) Faktor geworden sind, setzen lassen, wenngleich es gewisse Anzeichen für ermutigende Bewusstseinsveränderungen gibt⁵ und wenngleich Globalisierung auch wachsende Interdependenz, den zunehmenden Zwang zu verbindlicher Kooperation und die Unmöglichkeit einer dauerhaften Exterritorialisierung von Problemen – sie kämen irgendwann als „Bumerangeffekt“ zurück (Beck, 1986, S. 48 ff.) – bedeutet, gibt es

einstweilen gewiss keinerlei Grund für enthusiastische Fortschrittsgläubigkeit. Fragen nach einer faktischen Durchsetzbarkeit von Global Governance erwecken bislang größtenteils konzeptionelle Ratlosigkeit, und eine Reihe vorliegender Erfahrungen sind fraglos ernüchternd: etwa die nationale Weltmachtspolitik im Gefolge des 11. September, die weitgehende Ohnmacht der Vereinten Nationen oder die Wirkungsgrenzen des Internationalen Gerichtshofs, dessen Entscheidungen sanktionslos ignoriert werden können (Nuscheler 2000 b, S. 245), etwa die unverändert aktuellen subtilen Mechanismen der Erzeugung von Massenloyalität und die instrumentalistische Umfunktionalisierung mittlerweile positiv besetzter Zielkategorien (vgl. Brand in diesem Band). Zur Einschränkung der Auswüchse der ökonomischen Globalisierung hat sich bisher nicht einmal die vielfach geforderte Einführung der „Tobin tax“ durchsetzen lassen. „Um wieviel schwieriger“, heisst es bei Habermas (1998 b, S. 75), „ist erst die Einigung auf das Projekt einer weltwirtschaftlichen Ordnung, die den transnationalen Marktverkehr nicht nur wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds implementieren, sondern Elemente einer weltweiten politischen Willensbildung einführen und die Verbindlichkeit politischer Entscheidungen gewährleisten müßte.“

4. Globalisierung, Staat, Weltordnung – Schlägt der Globalisierungsdiskurs in einen Weltordnungsdiskurs um?

Die Ereignisse und Entwicklungen seit dem 11. September 2001 haben solche Perspektiven weiter verdüstert. Der Rückgriff der konkurrenzlosen Supermacht auf ein Politikmodell unilateraler, weltweiter Handlungsfreiheit verändert die Konstellation realer Globalisierungsprozesse ebenso wie die der Diskurse. Es zeigt sich nun nur umso deutlicher, dass welt(zivil)gesellschaftliche Entwicklungen, neoliberal entgrenzte Weltmarktdynamik und die Politik staatlicher Akteure ein enges und sensibles System von Wechselwirkungen bilden, das lineare und eindimensionale Entwicklungen ausschliesst und dessen Gleichgewichts- oder Ungleichgewichtszustände sich ständig ändern. Insbesondere die Nationalstaaten als nach wie vor zentrale politische Akteure sind ausserordentlich widersprüchlichen Entwicklungsanforderungen ausgesetzt, die ihre Rolle auf der einen Seite schwächen und auf der anderen Seite stärken – und auf beiden Seiten werden dabei grundlegende Voraussetzungen von Bildungspraxis und Bildungstheorie berührt. So hat auf der einen Seite die Durchsetzung weltweiter Handlungsfreiheit des Kapitals die Staaten in „nationale Wettbewerbsstaaten“ (Hirsch 1998 u. 2002) verwandelt, für die nicht mehr gesellschaftliche Integration, sondern Weltmarktfähigkeit das Gravitationszentrum staatlichen Handelns bildet. Unter so geänderter Blickrichtung werden öffentliche Güter, die die politisch verfasste Gesellschaft bisher zu ihrer Reproduktion vorgehalten und aus dem Sozialprodukt finanziert hat, zu handelbaren Dienstleistungen, gleich, ob sie vom Staat selbst angeboten oder – auf dem Weg von Privatisierungen oder Marktöffnungen – privaten Anbietern überlassen werden. Ein Verständnis von Bildung als subjektivem Recht persönlicher Entfaltung würde nach dieser Logik bestenfalls noch nach Maßgabe legitimationsnotwendiger Reste eine institutionelle Entsprechung finden; jedenfalls sind, wie die Beiträge von Christoph Scherrer, Ingrid Lohmann und Sigrid Blömeke in diesem Band zeigen, die rechtlichen und technischen Voraussetzungen des warenförmigen Handels mit Bildung weitgehend entwickelt. In dem irritierenden Umstand, dass heutiger Bildungspraxis, an subjektivem Recht und staatlicher Pflicht noch ganz selbstverständlich befestigt, auf der Ebene

internationaler Handelsregime und technologischer Infrastruktur der zukünftige Boden bereits unter den Füßen weggezogen ist, zeigt sich ein charakteristischer Zug von Globalisierung und des durch sie bewirkten Formwandels des Staates. Der „nationale Wettbewerbsstaat“ kann ja keineswegs souverän über die Regeln verfügen, unter denen er am Wettbewerb teilnimmt; als eben deshalb „internationalisierter Staat“ (Hirsch 2003) überlässt er einen wesentlichen Teil seiner Regelungskompetenzen supranationalen Zusammenschlüssen und internationalen Vertragswerken und deren Institutionen; mithin sind diese Bereiche dem – weitgehend noch nationalstaatlichen – gesellschaftlichen Diskurs und der durch ihn ausgeübten Kontrolle bereits weitgehend entzogen, weswegen sich etwa die deutschen Universitäten und die an ihnen Lehrenden sich gegenwärtig in Vollzugsorgane längst und ohne gesellschaftliche Debatte gefasste supranationale Beschlüsse („Bologna-Prozess“) verwandeln.

So durchlässig der internationalisierte Wettbewerbsstaat hier sein soll, so hartleibig soll er sich dort machen, wo es um Ausübung und Festigung des staatlichen Gewaltmonopols geht. Auch eine weithin verselbständigte Weltwirtschaft bleibt ja darauf angewiesen, dass Rechte notfalls durch staatliche Autorität durchsetzbar sind, die Sicherheit von Leben und Eigentum gewährleistet bleibt und die stets auch selbstdestruktiven anarchischen Kräfte der kapitalistischen Marktwirtschaft durch außerökonomische, also dem Markt gegenüber selbständige Strukturen von Macht und Recht gebändigt werden. Dieses in der Funktionsweise des Kapitalismus verankerte Dilemma bildet den Hintergrund dafür, dass mit dem 11. 9. 2001 und erst recht mit dem Irakkrieg 2003 der Globalisierungsdiskurs praktisch und theoretisch in einen Weltordnungs- oder besser Weltbeherrschungsdiskurs hat umschlagen können. „Dieser Krieg“, schrieb Thomas P. M. Barnett, Professor am U. S. Naval War College und seit September 2001 Berater von Verteidigungsminister Rumsfeld, am Beginn des Irakkriegs, „markiert einen historischen Wendepunkt – den Moment, in dem Washington von der strategischen Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung tatsächlich Besitz ergreift“ (Barnett 2003, S. 554). Ohne Umwege über einen „Krieg der Kulturen“ oder einen „Krieg gegen den Terrorismus“ skizziert Barnett „Die neue Weltkarte des Pentagon“ entlang eines – sehr schlichten – Globalisierungsparadigmas. „Diese neue Welt muss vielmehr danach bestimmt werden, wo die Globalisierung tatsächlich Wurzeln geschlagen hat und wo nicht“ (ebd. S. 555). Wer zum „funktionierenden Kern“ und wer zur „nichtintegrierten Lücke“ gehört, entscheide sich an der Fähigkeit, „sich an den im Werden begriffenen Regelsatz der Demokratie, der Transparenz und des freien Handels anzupassen“ (ebd.). Als Kern des Kerns identifiziert Barnett am Beispiel Chinas in aller Offenheit die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation WTO. Wer auf den Wagen der Globalisierung nicht aufspringen könne oder von ihm wieder herunterfalle, habe nur eine Chance: dass die Vereinigten Staaten sich entschließen, „nachhaltig Sicherheit zu exportieren“ und den „Vollzeit-Leviathan“ zu spielen (ebd. S. 559). Die USA müssen dies aus der Sicht Barnetts deshalb tun, weil „die Lücke“ „nicht verschwinden wird, bis wir als Nation die Herausforderung annehmen, die Globalisierung wirklich global zu machen“ (ebd. S. 560).

Was hier wie eine selbstverständliche Einheit von ökonomischer Globalisierung und Weltherrschaft der USA als Fundament globaler politischer Strategie aus nationalem Interesse in Anspruch genommen wird, musste in der wissenschaftlichen und publizistischen Wahrnehmung sich erst mühsam gegen die Selbstrestriktionen der Analytiker durchsetzen. Mittlerweile wird vom Imperialismus wieder offen geredet. Allerdings – und darin zeigt sich u. E. eine besondere Herausforderung des Bildungsdiskurses – keineswegs nur und unbestritten als Instrument der Kritik, wie

dies etwa Benjamin Barber („Imperium der Angst“, 2003), Michael Mann (2003, Einleitung: „Der neue Imperialismus“) oder Chalmers Johnson (2003, Kapitel 1: „Alter und neuer Imperialismus“) tun, sondern durchaus als Bezeichnung erwünschter oder unvermeidlicher Weltordnung. Herfried Münkler hat kürzlich vom „Zwang zur Imperialität“ gesprochen (Münkler/Senghaas 2004, S. 549): Die „Kategorie des Imperiums“ sei in Zukunft „als eine alternative Ordnungskategorie des Politischen“ zu denken, „nämlich als Alternative zur Form des Territorialstaates“ (ebd. S. 550). Ähnlich wie Barnett, wenn auch nicht mit dessen frivolem Sarkasmus, sieht Münkler Imperialismus als notwendige Folge der Selbstdestruktivität ökonomischer Globalisierung, insbesondere an deren Peripherie. Es steht für ihn außer Frage, „daß an diesen neuen ‚imperialen Barbarengrenzen‘ der Krieg endemisch“ wird, „nämlich in Form von Pazifizierungskrieg aus dem Zentrum in die Peripherie hinein und in Form von Verwüstungskrieg aus der Peripherie ins Zentrum“ (ebd. S. 549). Zu Recht, wie uns scheint, hält Senghaas dieser aus einer Mischung von Schrecken und Modellplatonismus geborenen Sichtweise entgegen, „daß es eine ungeheure und weiter wachsende Diskrepanz gibt zwischen der Vorstellung eines imperialen Gestaltungsprivilegs und den realexistierenden Wirklichkeiten vor Ort“ (Senghaas in Münkler/Senghaas 2004, S. 551). Die Modellierung der politischen Welt aus der Perspektive des Globalisierungszentrums, so zeigt Senghaas, blendet systematisch aus, daß – anders als in den Hochzeiten des klassischen Imperialismus – die Bevölkerungen der Peripherie sozial mobilisiert und politisiert, also zu politischen Akteuren geworden sind.

Senghaas' Kritik an der Perspektivik einer Theoriebildung, die derartige Vorstellungen von imperialen Gestaltungsprivilegien hervorbringt und auf ein Paradigma der Sicherheit statt auf eines der Entwicklung fixiert ist, trifft über Münkler hinaus die Prämissen des Politikentwurfs der Bush-Administration, wie er in neokonservativen Entwürfen – etwa von Kagan 2003 – entwickelt worden ist und in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002 seinen Ausdruck gefunden hat (vgl. Jahresrückblick Irak in diesem Band).

Für Jürgen Habermas (2004) bildeten die hier vorgenommene Selbstermächtigung zu gänzlich entgrenzter präventiver Kriegführung und die erklärte und demonstrative Mißachtung der UN-Charta einen „unerhörte(n) Bruch mit einer bis dahin von keiner amerikanischen Regierung in Frage gestellten Rechtstradition“. Es stehe außer Zweifel, dass dieser amerikanische Präsident „die zivilisierende Kraft universalistischer Rechtsverfahren durch die Bewaffnung eines mit Universalitätsanspruchs versehenen amerikanischen Ethos *ersetzen* möchte“ (ebd. S. 181 f.). Der „ins Allgemeine erweiterte Ethnozentrismus“ (ebd. S. 102) bildet die ideologische Seite eines Weltordnungskonzepts, welches Habermas als „hegemonialen Liberalismus“ bezeichnet, weil dieses Projekt nicht auf „eine rechtsförmige, politisch verfaßte Weltgesellschaft, sondern auf eine internationale Ordnung formal unabhängiger liberaler Staaten“ ziele, die „unter der Protektion einer friedensichernden Supermacht [...] den Imperativen eines vollständig liberalisierten Weltmarkts gehorchen“ (ebd. S. 182). Nicht durch Recht, sondern „durch imperiale Macht“ werde nach dieser Vorstellung der Friede in einer Welt gesichert, in die die Individuen „nicht über eine politische Vergemeinschaftung“ als Weltbürger, sondern lediglich „über systemische Beziehungen, letztlich über den Markt integriert“ sind (ebd. S. 182 f.). Die Folie der scharfen Kritik Habermas' bildet eine Rekonstruktion des Kantischen Projekts einer weltbürgerlichen Ordnung und die in dessen Horizont gedeutete Geschichte der Konstitutionalisierung des Völkerrechts. Vor der so markierten Fallhöhe tritt nicht nur der epochale Charakter des 2002 und 2003 herbeigeführten Bruchs mit den Voraussetzungen internationalen Rechts und

internationaler Politik scharf hervor, sondern auch seine historische Tiefe: Es sind die zentralen Prinzipien der Aufklärung und des bürgerlichen Republikanismus, die in einem Projekt unilateraler Weltbeherrschung zur Disposition gestellt werden, welches seine Prämissen offenbar vor und jenseits eines auf Egalität und Wechselseitigkeit gegründeten Entwicklungspfades von Recht und Politik verankern will.

Der Befund muss sich noch verschärfen, wenn die jetzt bekannt gewordenen Folterpraktiken mit in den Blick treten. Offensichtlich keineswegs allein persönlichem Fehlverhalten geschuldet, sondern systemisch implementiert, zeigen sie in verstörender Eindeutigkeit an, dass die Aufkündigung selbstverständlicher Wahrheiten bis in die elementaren Grundsätze der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung reicht. „Folgende Wahrheiten“, hieß es dort, „erachten wir als selbstverständlich: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören“ (Fraenkel 1962, S. 28). Die Folterbilder aus Abu Ghraib, denen gegenüber „selbst Michael Moores wüste Polemiken [...] harmlos wie Naturgedichte von Eichendorff“ (Mohr 2004) wirken, werden durch täglich dichter werdende Nachrichten als Momentaufnahmen aus einer ständig und nicht nur im Irak existierenden Unterwelt der Rechtlosigkeit bestätigt. Im offenbar weltweit verstreuten (Frankfurter Rundschau, 19. 6. 2004) Archipel Guantánamo hat die US-Regierung einen rechtsexterritorialen Raum geschaffen; wer hier hineingelangt, ist nur noch Körper, nicht mehr Person. Ihm gegenüber ist offenbar alles erlaubt, was unter zivilisatorischen Normalbedingungen katastrophaler Bruch der Rechtsstaatlichkeit wäre: Weder wird ihm der Status des Gefangenen, der ihn in den Schutzbereich der Genfer Konvention brächte, noch der des Straftäters, der ihn dem Strafrecht und der Strafprozeßordnung überantwortete, zuerkannt; ohne Möglichkeit, Haftgründe oder -dauer zu erfahren, geschweige denn sie überprüfen zu lassen, erwartet ihn – wenn überhaupt – ein Verfahren vor einem Militärgericht, welches keine gesetzliche Grundlage hat, sondern auf einer Anordnung des Präsidenten beruhend weder Öffentlichkeit noch die üblichen Beweiskriterien, noch Berufung kennt und dem Präsidenten schließlich die Entscheidung über Leben und Tod überlässt (Wesel 2004). Ansonsten erniedrigende und entwürdigende Behandlung und Folter als Alltäglichkeit.

Auch wenn der Skandal mittlerweile so offen zutage liegt, dass selbst intellektuelle Befürworter des Irak-Krieges wie Michael Ignatieff (2004) und Michael Walzer (2004) sich mit Grausen abwenden, mussten die Grundsachverhalte hier erwähnt werden. Denn hier macht sich eine Variante von Globalisierung geltend, die Globalisierung als globale Herrschaft sans phrase will. Pädagogik steht damit vor der Anforderung, ihre Selbstverständigung nicht nur in der lichten Perspektive des Weltbürgertums in einer sich real entwickelnden Weltgesellschaft, sondern auch gegen die finsternen Versuchungen der Rebarbarisierung zu suchen. Aufklärung als Ausgang des Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit bleibt ein hoch aktuelles, hoch gefährdetes Programm, zumal dann, wenn die fundamentalistische Verweigerung von Aufklärung durch eine fundamentalistische Zumutung von Selbstentmündigung bekämpft werden soll.

5. Pädagogik und Globalisierung

Mit der aufklärerischen Idee unabdingbarer Rechte, die die Autonomie der Subjekte sichern, schiebt der Welthege, als ob er auch darüber zu verfügen hätte, die normativen Grundlagen der Aufklärung beiseite, die das gemeinsame Fundament

von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Bildung darstellen. Dass die Debatte um die Legitimität der Folter in die vergleichsweise entspannten Gefilde der Bundesrepublik übergegriffen hat, zeigt die auch hierzulande wachsende Bereitschaft an, vermeintliche Sicherheit auch durch die Ersetzung rechtsstaatlicher durch rechtsentbundene, gewaltförmige Verkehrsformen zu sichern. Damit stünde eben jener gesellschaftliche Lernvorgang auf dem Spiel, wie ihn Jürgen Habermas mit auf größere Zeiträume gerichtetem Blick als einen in Transformationskrisen der europäischen Geschichte gelingenden „Formwandel der sozialen Integration“ erkennt. In den konflikthaften Modernisierungsschüben der europäischen Geschichte identifiziert Habermas ein Movens gesellschaftlichen Lernens, von dessen Wirksamkeit das Gelingen gesellschaftlicher Transformationsprozesse abhängt: „Diese scharfen, oft tödlich zugespitzten Konflikte sind – in den glücklichen Momenten – auch ein Stachel zur Dezentrierung der jeweils eigenen Perspektiven gewesen, ein Antrieb zur Reflexion auf und zur Distanzierung von Voreingenommenheiten, ein Motiv zur Überwindung des Partikularismus, zum Erlernen toleranter Umgangsformen und zur Institutionalisierung von Auseinandersetzungen.“ (Habermas, 1998 a, S. 155 f.)

Wesentlich ist, dass die Auflösung herkömmlicher Horizonte – etwa der christlichen Glaubenseinheit – über eine Dezentrierung der Perspektive zum Aufbau eines neuen, inkludierenden und um neue Formen sozialer Verständigung erweiterten Horizonts führt. Die gegenwärtige Triftigkeit der Lesart europäischer Geschichte als in Transformationskrisen erlittener und erprobter Lernerfahrungen stützt Habermas, indem er Polanyis „Grosse Transformation“ nicht nur als Analyse einer im Faschismus regressiv entgleisenden politischen „Schließung“ nach der durch Industrialisierung und Freihandel erzwungenen „Öffnung“ der Gesellschaft, sondern auch als ein Modell liest, nach welchem sich Transformationen beschreiben lassen, die in Gesellschaften stattfinden, in denen die Auseinandersetzung um Freiheit oder Steuerung von Märkten zentral ist. Nach der in den wohlfahrtsstaatlichen Arrangements der Nachkriegsordnung gelungenen „Schließung“, einer Balance von funktionaler und sozialer Integration der Gesellschaft – so schreibt Habermas die Analyse fort – und der durch die Schübe neoliberaler Deregulierung weltweiter Märkte herbeigeführten erneuten „Öffnung“ stelle sich jetzt jedenfalls „die Frage nach Möglichkeiten der politischen Schließung einer global vernetzten, hoch interdependenten Weltgesellschaft ohne Regression – ohne die Art von welthistorischen Erschütterungen und Katastrophen, die wir aus der ersten Hälfte unseres Jahrhundert kennen“ (Habermas 1998a, S. 130).

Auch die um Konzepte von „Solidarität“ zentrierten Überlegungen von Brunkhorst (1996; 2002 und in diesem Band) entwickeln eine gesellschafts- und politiktheoretische Perspektive, aus der Prozesse der Globalisierung und ihre Katastrophen als Momente reflexiver Modernisierung, d. h. als Momente gesellschaftlicher Lernvorgänge beschreibbar und deutbar werden, die sich ziemlich bruchlos in pädagogische Aufgaben übersetzen lassen.

Denn seit dem Übergang von der Agrargesellschaft zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft ist Schule nicht nur der Ort disziplinärer Sozialisation für die Arbeitsgesellschaft, sondern sie ist auch das erste Erfahrungsfeld, auf dem die Heranwachsenden – jedenfalls idealiter – lernen, wie man sich außerhalb der familiären Vertrautheit, also unter Fremden zu bewegen hat. Eine der wesentlichen Aufgaben der Schule in der Moderne liegt daher in der Förderung des Übergangs von der mechanischen zur organischen Solidarität (Durkheim) oder des Übergangs von einer Solidarität unter Freunden/Vertrauten/Familiären, einer Solidarität des Nestes oder der Blutsbande zu einer „Solidarität unter Fremden“ (Brunkhorst 1996).

Dieser Übergang verlangt die Ausbildung von Formen wechselseitiger Anerkennung, in denen einander gleiche Rechte des Lebens, der Bedürfnisse, der Perspektive zugestanden und respektiert werden. Ganz offenkundig hat sich im Zuge der europäischen Modernisierungsgeschichte der Horizont erweitert, innerhalb dessen die gleichen Rechte wechselseitig und selbstverständlich anerkannt werden. Wo in diesen Erweiterungsprozessen die Frage der Zugehörigkeit, also des Kreises der sich wechselseitig Anerkennenden prekär wurde, es um religiöse oder soziale Ein- und Ausschlüsse ging, war es das Medium der Solidarität und seiner Modifikationen, in dem die Probleme der Zugehörigkeit schließlich gelöst wurden. Offenkundig ist Solidarität deshalb dazu imstande gewesen, weil in ihr lebensweltlich bewährte, auf Wechselseitigkeit beruhende Verständigungsorientierung gesellschaftlich – d. h. in Kommunikation unter Fremden – übersetzt werden kann.

Sollen Wandlungsprozesse der erörterten Art erfolgen und dauerhaft gelingen, dürfte eine Unterstützung durch entsprechende pädagogische Prozesse im umfassenden Sinne unabdingbar sein. Globalisierungsfolgen haben heutige Sozialisations- und Erziehungsbedingungen – verglichen mit der Situation vorangegangener Generationen – in vieler Hinsicht verändert. Kinder werden großenteils schon früh mit den Gegebenheiten faktischer Multikulturalität und – durch Fernsehen, Computer und Internet – mit „medial vermittelten Globalisierungserfahrungen“ vertraut (Hornstein 2001, S. 528); sie sind zur Zielgruppe einer nationenübergreifenden Wirtschaft geworden, sie sind mit einem veränderten Zeitempfinden (rapider Wissensverfall, elektronische Verkehrswege etc.), verstärkten berufsbiografischen Ungewissheiten, erhöhtem Qualifikationsdruck bei gleichzeitiger Entwertung von Ausbildungszertifikaten sowie der verstärkten Bedeutung bestimmter Kenntnisse (Fremdsprachen, technologisches Wissen) konfrontiert. Erziehung und Bildung müssen darauf reagieren und Chancen vermitteln, die den Anschluss an die „Weltgesellschaft“ erlauben.

Dass dies jedoch nicht schlichte Überantwortung an aktuelle Gegebenheiten zu bedeuten hat, dass Erziehung und Bildung zudem emendative Aufgaben wahrzunehmen haben, war großer Pädagogik stets bewusst – man denke an Schleiermachers Forderung, Erziehung so einzurichten, „*daß die Jugend tüchtig werde einzutreten in das, was sie vorfindet, aber auch tüchtig in die sich anbietenden Verbesserungen mit Kraft einzugehen*“ (Schleiermacher 1983, S. 31), man denke an Kants Forderung, Kinder „dem zukünftig möglichen bessern Zustande des menschlichen Geschlechts“ gemäß zu erziehen (Kant 1803, S. 704). Die Befürchtung, dass gerade die damit angedeuteten Aufgaben heute weithin „vergessen“ sind, dass Bildungssysteme ihre *relative* Autonomie einstweilen gerade nicht in dieser Richtung nutzen, dürfte schwerlich unbegründet sein. Stellt der neoliberale Markt fundamentalismus aber eine „Form demokratischen Analphabetentums“ dar (Beck 1997 b, S. 24), so sind offenbar spezifische Alphabetisierungsbemühungen indiziert, womit gerade auf die Bedeutung *kritischer* Bildungstheorie und -praxis verwiesen ist, die derzeit wenig en vogue zu sein scheint. Sah es längere Zeit so aus, als seien Auswirkungen der Globalisierung in pädagogischer Hinsicht allenfalls Sujets sogenannter Bindestrichpädagogiken wie der seit jeher mit weltweiten Aufgaben befassten Friedens-, Ökologischen und Interkulturellen Pädagogik (Lenhart 2000, S. 58 ff.), so ist inzwischen wiederholt betont worden, dass Globalisierung theoretisch wie praktisch *generell* eine Herausforderung der Pädagogik darstellt (Scheunpflug/Hirsch 2000; Wulf/Merkel 2002). Und auch sonst hat sich die Erziehungswissenschaft gelegentlich veranlasst gesehen, sich gezielt der Globalisierungsproblematik zuzuwenden (vgl. z. B. BuE 2002; ZfE 2003). Nichtsdestoweniger erfolgt die diesbezügliche pädagogische

Diskussion noch immer bemerkenswert zurückhaltend (Hornstein 2001, S. 532; Seitz 2002, S. 7). Globalisierung bedeutet unterdessen wie erwähnt – insofern ist diese weitgehend feststellbare Askese in hohem Maße unbefriedigend – eine massive Herausforderung gerade für eine kritische, „eine an Humanität und Emanzipation orientierte Erziehungskonzeption“ (Hornstein 2001, S. 532; McLaren 1999). Sie in diesem Sinne anzunehmen und zu ihrer adäquaten Beantwortung beizutragen, ist Ziel des vorliegenden Bandes.⁶

Dies scheint umso gebotener, als mit dem Hinweis auf Globalisierung längst massiv Bildungspolitik betrieben wird, und zwar Bildungspolitik, die prinzipiell ganz auf der Linie neoliberaler Vorstellungen zu liegen scheint. Bildungsreformen werden unter Rekurs auf eine verschärfte internationale Konkurrenz gefordert und durchgesetzt (Hornstein 2001, S. 518) und passen Bildungsarbeit möglichst weitgehend an reale oder gemutmaßte Markterwartungen und wirtschaftliche Verfügungsinteressen an. Im institutionellen Bildungsbereich greift eine von der Marktideologie geprägte Neuorientierung um sich, die auf Reformen insistiert, die insbesondere den nationalen Bildungsstandort aufwerten sollen:

„Unter dem Druck der Globalisierung vollzieht sich weltweit eine Neuordnung der nationalen Erziehungsverhältnisse. Dabei scheint sich die bildungspolitisch favorisierte Bildungsreform von dem ursprünglichen Imperativ der Bildungsexpansion zur Formierung der nationalen Identität und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beizutragen, auf ein ökonomisches Leitziel umzuorientieren. Der Bildung wird die Aufgabe zugewiesen, angesichts eines verschärften internationalen Standortwettbewerbs das ökonomische Potenzial der Nation zu stärken [...]“ (Seitz 2002, S. 335)

Schritte zugunsten einer „Effizienz“-Steigerung schulischer und universitärer Ausbildung, kürzerer Ausbildungszeiten, stärkerer Elitenförderung, der Aufwertung wirtschaftsbezogener Fähigkeiten und mathematischer, naturwissenschaftlicher und technologischer Lehrgehalte, der Durchsetzung zentral bestimmter Curricula, der Standardisierung von Prüfungsverfahren, der Einführung zentraler Kontrollsysteme, zunehmender Tauschwertrücksichten bei der Kenntnisvermittlung, der Förderung operationaler Autonomie der Schulen wie überhaupt der Durchsetzung von Dezentralisierungstrends im Schul- und Hochschulbereich sind deutliche Indizien für eine längst erfolgte Orientierung an einer globalisierten Marktökonomie⁷, hinter die die Bemühungen um Bildung im Sinne eines emanzipatorischen Verständnisses (vgl. Heydorn 1970; 1972) zurücktreten, sofern sie nicht überhaupt preisgegeben werden. Das öffentliche Bildungssystem wird in einen marktfähigen Dienstleistungssektor transformiert, Bildung degeneriert zur Ware, „die auf einem privaten Markt gehandelt wird“ – in einigen Ländern werden Hochschulen inzwischen überwiegend als Kapitalgesellschaften betrieben (Seitz 2002, S. 336). Zugleich werden parallel zum Abbau des Sozialstaates die zur Bildungsfinanzierung bereitgestellten öffentlichen Mittel reduziert und die Kosten auf Eltern und Studierende abgewälzt.

Die Bildungssysteme passen sich indes nicht nur an ökonomische Globalisierungsvorgaben an, sie fungieren auch ihrerseits als Initiatoren und Verstärker von Globalisierungsprozessen. Das „Weltmodell Schule“ ist insofern global geworden, als sich die Idee der Notwendigkeit eines Pflichtschulsystems mit weitgehenden Übereinstimmungen hinsichtlich des Fächerkanons und der Unterrichtsmethodik weltweit durchgesetzt hat (Lenhart 2000; Adick 2003). Zudem hat sich auf der Ebene der UN-Organisationen ein weltweites Bildungsmonitoring herausgebildet, das sich der Förderung von Alphabetisierungsbestrebungen, der Bildung von Mädchen und Frauen, der Erziehung im Dienste der Menschenrechte, der Demokratie und des Friedens annimmt (Weltbildungskonferenz „Education for all“

in Jomtien/Thailand 1990; Agenda 21 der Umweltkonferenz von Rio 1992). Und schließlich signalisieren von der OECD getragene Leistungsvergleiche wie PISA eine „Globalisierung des pädagogischen Diskurses“ (Seitz 2002, S. 17), dessen Ergebnisse auf die nationalen Schulsysteme zurückwirken, da internationalen Bildungsstandards mittlerweile weithin normative Bedeutung beigemessen wird. Nichtsdestoweniger bleibt es überaus fraglich, ob die prinzipielle Akzeptanz bestimmter Standards und des „Weltmodells Schule“ bereits die Rede von einem „Weltsystem schulischer Bildung“ rechtfertigen (vgl. Liegle 2002). Denn die nationalen Bildungssysteme sind nach wie vor nationalpolitisch organisiert, sprachlich und kulturell primär standortbezogen und auf eine multikulturelle Schülerinnen- und Schülerschaft wenig vorbereitet, und sie weisen immense Differenzen hinsichtlich der Einschulungs-, Drop-out- und Abschlussquoten, der Unterrichtsqualität, der Zugangschancen zu höherer Bildung, der institutionellen Ausstattung und faktischen Pro-Kopf-Ausgaben auf. Alphabetisierungsraten liegen in zahlreichen Ländern unter 60 %, ebenso die Einschulungsraten, in Ländern wie Indien und Pakistan besucht nur jedes zweite Kind eine Schule, und die öffentlichen Ausgaben pro Schüler lagen in den 90er Jahren in den Industriestaaten durchschnittlich bei 4270, in den Entwicklungsstaaten bei 218 und in den ärmsten Ländern bei 38 \$ (Lenhart 2000, S. 52 ff.; Scheunpflug 2003, S. 164 f.; Seitz 2002, S. 17 f.).

Wäre angesichts der schreienden globalen Diskrepanzen die Vermittlung der „Bereitschaft zum globalen Ausgleich“ gewiss als Lernziel von herausragender Bedeutung zu etablieren“ (Kößler 2000, S. 24), so bleibt institutionalisierte Bildung, die mit ihren Bemühungen um eine Standortsicherung eher als stabilisierender Faktor eines von sozio-ökonomischen Ungleichheiten beherrschten Marktkontextes fungiert, hinter solchen Anforderungen weit zurück. Bildungsinstitutionen traditionellen Gesprägtes sind wenig geeignet, Kompetenzen für die Ausbildung weltbürgerlicher, partikulare Gemeinschaftsbindungen transzendierender Identität, die trotz kommunitaristischer Einsprüche (vgl. Honneth 1993; Brumlik/Brunkhorst 1993) als Möglichkeitsbedingung einer demokratischen Selbststeuerung globaler Gesellschaft zu begreifen ist, zu generieren (Brater 1997; Keim in diesem Band). Vor allem fällt es schulischem Lernen, von den Curricula bis zur Unterrichtspraxis nach wie vor schwer, sich von einem gleichsam nationalstaatlichem Territorialismus des Bewusstseins und soziokultureller Zentrierung der Perspektive zu lösen (Steffens 2003). Die trotz fortschreitender transnationaler Vergesellschaftung, supranationaler politischer Strukturen und alltagskultureller Globalisierung erstaunliche Resistenz nationalstaatlicher und nationalgesellschaftlicher Container-Vorstellungen (Beck 2004) ist keineswegs bloß ein Phänomen selbstbeschränkenden Alltagsbewusstseins. Die von Hornstein (2001) und Seitz (2002) kritisierte perspektivische Selbstgenügsamkeit findet sich gerade auf den vermittelnden und steuernden Ebenen von Fachdidaktiken oder Curricula in verblüffender Selbstgewissheit, wenn etwa „Nationale Bildungsstandards“ vorgeschlagen werden (GPJE 2004), aus dem Container-Bewusstsein heute kaum mehr plausibel Welt- oder Gesellschaftsbilder generiert werden können oder wenn der hessische Politiklehrplan von 2002 – noch für das 13. Schuljahr – zu der etwas weltfremden Vermutung kommt, Globalisierung sei „dem direkten Erfahrungsbereich“ der jungen Menschen entzogen (Hess. Kultusministerium, S. 39). Gerade die lokale Präsenz von Globalisierungsphänomenen („Glokalisierung“) bietet – neben den zeit- auch ortsunabhängige Zugriffsmöglichkeiten – eine didaktisch hochehrwünschte Grundstruktur, die im Präsenten Wahrnehmbaren, Erkundbaren relevante Züge eines

komplexen Ganzen „Globalisierung“ erkannt und in Fallstudien oder an Fallbeispielen erarbeitet werden können (siehe auch Backhaus/Jänisch in diesem Band). Gegenläufige und öffnende Impulse gehen auch von der Idee „globalen Lernens“ aus. Die bisherigen Konzepte „globalen Lernens“ jedoch, die sich für ein „globales Bewusstsein“ und „weltbürgerliche Gesinnung“ engagieren, ambitioniert als „Eine-Welt-Pädagogik“ firmieren und Handlungskompetenzen für ein multikulturelles und friedliches Zusammenleben, transnationale Solidarität und ökologische Rücksichten anmahnen, sind bislang weitgehend aporetisch geblieben: Ihre Zielvorstellungen erschöpfen sich überwiegend in Leereformeln, während die entsprechenden Lehr- und Lernbedingungen weitgehend unpräzisiert sowie gesellschaftstheoretisch und politisch defizient reflektiert bleiben und sich auf bloße Postulate reduzieren. Häufig pflegen sie Ganzheitlichkeitstopoi mit potentiell mythologisierender Wirkung, häufig appellieren sie an diffuse Gemeinschaftsgefühle, insgesamt erschöpfen sie sich zum großen Teil in „folgenloser Gesinnungspädagogik“ (vgl. Seitz 2000; 2002, bes. S. 25, 148 f., 385; vgl. auch Hornstein 2001, S. 531). Wenngleich sie als Impulse zu würdigen sind, bleibt einer Pädagogik „globalen Lernens“ „anzuraten, sich um eine präzisere Beschreibung der weltgesellschaftlichen Verhältnisse zu bemühen“ (Seitz 2000, S. 111). Wenn es dem vorliegenden Band gelänge, dazu beizutragen und die kritische Diskussion der Globalisierung, ihrer Folgen und Chancen sowie der damit verbundenen pädagogischen Probleme und Aufgaben ein Stück voranzubringen, hätte er seine Aufgabe erfüllt.

Literatur

- Adick, Christel: Globale Trends weltweiter Schulentwicklung: Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. In: ZfE (2003), S. 173–187
- AG TuWas: Leitfaden der Sozialhilfe von A–Z (für Arme und Reiche). 13. Aufl. Frankfurt am Main 1993
- Albrow, Martin: Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im Globalen Zeitalter. Frankfurt am Main 1998
- Altvater, Elmar / Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1996
- Anders, Günther: Hiroshima ist überall. München 1982
- Apel, Karl-Otto / Vittorio Hösle / Roland Simon-Schaefer: Globalisierung. Herausforderung für die Philosophie. Bamberg 1998
- Archibugi, Daniele / David Held (Hrsg.): Cosmopolitan Democracy. An Agenda for a New World Order. Cambridge 1995
- Baran, Paul A. / Paul M. Sweezy: Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Frankfurt am Main 1973
- Barber, Benjamin: Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt. München 2003
- Barnett, Thomas P. M.: Die neue Weltkarte des Pentagon. Mit einer Liste künftiger Konfliktbereiche und Interventionspunkte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 48. Jg., 2003, S. 554–561
- Bauman, Zygmunt: Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit. Hamburg 2000
- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main 1986
- Ders. (Hrsg.): Kinder der Freiheit. 3. Aufl. Frankfurt am Main 1997 a

Ders.: Kinder der Freiheit: Wider das Lamento über den Werteverfall. In: Ders. (1997 a); S. 9–33 (1997 b)

Ders.: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. 3. Aufl. Frankfurt am Main 1997 c

Ders. (Hrsg.): Politik der Globalisierung. Frankfurt am Main 1998 a

Ders.: Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? – Eine Einleitung. In: Ders. (1998 a); S. 7–66 (1998 b)

Ders.: Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie. Frankfurt am Main 2002

Ders.: Der kosmopolitische Blick. Oder: Krieg ist Frieden. Frankfurt am Main 2004

Ders. / Anthony Giddens / Scott Lash: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt am Main 1996

Bildung und Erziehung (BuE), 55. Jg., 2002, Heft 4 (Themenheft Globalisierung)

Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz 1998

Brand, Ulrich u. a.: Global Governance. Alternativen zur neoliberalen Globalisierung? Münster 2000

Brater, Michael: Schule und Ausbildung im Zeichen der Individualisierung. In: Beck (1997 a), S. 149–174

Brumlik, Micha / Hauke Brunkhorst (Hrsg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 1993

Brunkhorst, Hauke: Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft. Frankfurt am Main 2002

Ders.: Solidarität unter Fremden. In: Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns. Hrsg. von Arno Combe und Werner Helsper. Frankfurt am Main 1996, S. 340–367

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. 2 Bde. Bonn 2001

Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. München 1991

Daly, Herman E.: Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung. Salzburg; München 1999

Die Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit. München 1997

Dror, Yehezkel: Ist die Erde noch regierbar? Ein Bericht an den Club of Rome. München 1995

Forrester, Viviane: Der Terror der Ökonomie. Wien 1997

Fraenkel, Ernst: Das amerikanische Regierungssystem. Quellenbuch. 2. Aufl. Köln; Opladen 1962

GPJE (Gesellschaft für Politikdidaktik) (Hrsg.): Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Schwalbach/Ts. 2004

Giddens, Anthony: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt am Main 1995

Ders.: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt am Main 1997

Glötz, Peter: Die Arbeit der Zuspitzung. Berlin 1984

Ders.: Die deutsche Rechte. Eine Streitschrift. Stuttgart 1989

Guéhenno, Jean-Marie: Das Ende der Demokratie. München 1996

Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. 4. Aufl. Frankfurt am Main 1977

Ders.: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt am Main 1996

Ders.: Die postnationale Konstellation. Politische Essays. Frankfurt am Main 1998 a

Ders.: Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung. In: Beck (1998 a); S. 67–84 (1998 b)

Ders.: Der gespaltene Westen. Frankfurt am Main 2004

Hardt, Michael / Antonio Negri: Empire. Cambridge; London 2000

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. 2 Bde. (Bd. 1: Was treibt die Gesellschaft auseinander?; Bd. 2: Was hält die Gesellschaft zusammen?) Frankfurt am Main 1997

Held, David: Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance. Cambridge 1995

Hessisches Kultusministerium (Hrsg.): Lehrplan Politik & Wirtschaft. Gymnasialer Bildungsgang. (2002)

Heydorn, Heinz-Joachim: Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Frankfurt am Main 1970

Ders.: Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs. Frankfurt am Main 1972

Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat. Berlin 1995

Ders.: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. Hamburg 2002

Ders.: Die neue Weltordnung: Internationalisierung des Staates. In: Thomas Atzert / Jost Müller (Hrsg.): Kritik der Weltordnung. Berlin 2003

Ders. / Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg 1986

Hirst, Paul / Grahame Thompson: Globalisierung? Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Nationalökonomien und die Formierung von Handelsblöcken. In: Beck (1998 a), S. 85–133

Honneth, Axel (Hrsg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main; New York 1993

Hopkins, Terence K. / Immanuel Wallerstein: Grundzüge der Entwicklung des modernen Weltsystems. Entwurf für ein Forschungsvorhaben. In: Senghaas (1979), S. 151–200

Hornstein, Walter: Erziehung und Bildung im Zeitalter der Globalisierung. Themen und Fragestellungen erziehungswissenschaftlicher Reflexion. In: Zeitschrift für Pädagogik, 47. Jg., 2001, S. 517–537

Huntington, Samuel P.: Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München; Wien 1996

Ignatieff, Michael: „Der Skandal ist für die USA so schlimm wie eine militärische Niederlage.“ In: Neue Zürcher Zeitung, NZZ Online, 23. 5. 2004

Johnson, Chalmers: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie. München 2003

Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin 2003

Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. In: Ders.: Werkausgabe (hrsg. von W. Weischedel). Frankfurt am Main 1968, Bd. XI, S. 195–251 (1795)

Ders.: Über Pädagogik. In: Ders.: Werkausgabe, a. a. O., Bd. XII, S. 693–761 (1803)

Kößler, Reinhart: Möglichkeiten und Grenzen menschlichen Lernens im Kontext der Weltgesellschaft – aus handlungstheoretischer Perspektive. In: Scheunpflug/Hirsch (2000), S. 17–26

Krüger, Heinz-Hermann / Jan H. Olbertz (Hrsg.): Bildung zwischen Staat und Markt. Opladen 1997

Küng, Hans: Projekt Weltethos. München; Zürich 1990

Lafontaine, Oskar / Christa Müller: Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle. Bonn 1998

Lenhart, Volker: Bildung in der Weltgesellschaft. In: Scheunpflug/Hirsch (2000), S. 47–69

Liegle, Ludwig: „Weltsystem“-Ansatz oder „Welt“-Perspektive? Globalisierungsprozesse als Problem der Vergleichenden Erziehungswissenschaft. In: BuE (2002), S. 365–382

Luhmann, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2 Bde. Frankfurt am Main 1997

Mahnkopf, Birgit: Soziale Demokratie in Zeiten der Globalisierung? Zwischen Innovationsregime und Zähmung der Marktkräfte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 43. Jg., 1998, S. 1318–1330

Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht. Frankfurt am Main 2003

Martin, Hans-Peter / Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbek bei Hamburg 1996

Marx, Karl / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Dies.: Werke. Berlin 1956 ff., Bd. 4, S. 459–493 (1848)

Matthies, Hildegard u. a.: Arbeit 2000. Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt. Reinbek bei Hamburg 1994

McLaren, Peter: Kritische Erziehungswissenschaft im Zeitalter der Globalisierung. In: H. Sünker / H.-H. Krüger (Hrsg.): Kritische Erziehungswissenschaft am Neubeginn?! Frankfurt am Main 1999, S. 10–34

McLuhan, Marshall: Die magischen Kanäle. Understanding Media. Düsseldorf 1992

Miksch, Jürgen: Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfachheit. Eine Strategie gegen Nationalismus und Rassismus. Frankfurt am Main 1989

Mohr, Reinhard: Das Desaster des Westens. In: Spiegel Online, 11. 5. 2004

Münkler, Herfried / Dieter Senghaas: Alte Hegemonie und neue Kriege. Ein Streitgespräch. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 49. Jg., 2004, S. 537–552

Narr, Wolf-Dieter: Politik in Zeiten der Globalisierung. In: Bernhard Claußen u. a. (Hrsg.): Krise der Politik – Politische Bildung in der Krise? Diskurse im Kontext von Globalisierung und Ost-West-Perspektiven. Glienicke; Cambridge 2001, S. 275–296

Ders. / Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik. Frankfurt am Main 1994

Nuscheler, Frank (Hrsg.): Entwicklung und Frieden im Zeichen der Globalisierung. Bonn 2000 a

Ders.: Global Governance, Entwicklung und Frieden. Zur Interdependenz globaler Ordnungsstrukturen. In: Ders. (2000 a), S. 239–262 (2000 b)

Offe, Claus: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. 4. Aufl. Frankfurt am Main 1977

Polanyi, Karl: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. 4. Aufl. Frankfurt am Main 1997

Reich, Robert R.: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie. Frankfurt am Main; Berlin 1993

Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert (aktual. Neuauflage). Frankfurt am Main; New York 2004

Robertson, Robert: Globalization. Social Theory and Global Culture. London; Newbury Park; New Delhi 1992

Schell, Jonathan: Das Schicksal der Erde. Gefahr und Folgen eines Atomkriegs. 2. Aufl. München; Zürich 1982

Scheunpflug, Annette: Stichwort: Globalisierung und Erziehungswissenschaft. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 6. Jg., 2003, S. 159–171

Dies. / Klaus Hirsch (Hrsg.): Globalisierung als Herausforderung für die Pädagogik. Frankfurt am Main 2000

Schleiermacher, Friedrich: Schriften I: Die Vorlesungen aus dem Jahre 1826 (hrsg. von E. Weniger). Frankfurt am Main; Berlin; Wien 1983

Seitz, Klaus: Bildung für ein globales Zeitalter? Mythen und Probleme weltbürgerlicher Erziehung. In: Scheunpflug/Hirsch (2000), S. 85–114

Ders.: Bildung in der Weltgesellschaft. Gesellschaftstheoretische Grundlagen Globalen Lernens. Frankfurt am Main 2002

Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik. Frankfurt am Main 1979

Ders.: Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz. Frankfurt am Main 1994

Steffens, Gerd: Wie sie die Welt sehen sollen. Politikverständnis und Perspektiven der Weltwahrnehmung in hessischen Lehrplänen 1949–2002. In: Michael Berndt / Ingrid El Masry (Hrsg.): Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt. Kassel 2003, S. 149–168

Traube, Klaus u. a.: Nach dem Super-GAU. Tschernobyl und die Konsequenzen. Reinbek 1986

Wallerstein, Immanuel: Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse. In: Senghaas (1979), S. 31–67

Walzer, Michael: Fehler mit System. Entfesselte Macht: Wer für die Folter im Irak verantwortlich ist. In: Frankfurter Rundschau, 15. 5. 2004

Wesel, Uwe: Ausflug nach Guantánamo. In: Kursbuch 155, März 2004, S. 29–36

Wulf, Christoph / Christine Merkel (Hrsg.): Globalisierung als Herausforderung der Erziehung. Theorien, Grundlagen, Fallstudien. Münster u. a. 2002

ZfE: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 6. Jg., 2003, Heft 2 (Schwerpunkt: Globalisierung und Erziehungswissenschaft)

ZfP: Zeitschrift für Pädagogik, 39. Jg., 1993, Heft 1

Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt am Main 1998

Zugehör, Rainer: Die Globalisierungslüge. Handlungsmöglichkeiten einer verantwortlichen Wirtschaftspolitik. Unkel; Bad Honnef 1998

Anmerkungen

¹ Diesbezüglich von „Atomwaffen“ zu sprechen, stellte strenggenommen bereits eine Verharmlosung dar, suggeriert das Wort „Waffe“ doch, es handle sich um Instrumente, mit denen sich etwas verteidigen ließe, was in Anbetracht der von nuklearen Systemen ausgehenden Gefahren, die alle – die „Verwender“ also eingeschlossen – betreffen, als absurd erscheinen muss (vgl. Anders 1982, S. 75).

² Zur Unterscheidung vom frühen, staatsinterventionistischen Spätkapitalismus ließe sich der neoliberale globale Kapitalismus als „Sehr-Spät-Kapitalismus“ bezeichnen (Zürn 1998, S. 30). Denn von einer schlichten Rückkehr zum Liberalismus der frühkapitalistischen Epoche kann bei allen Annäherungstendenzen freilich nicht die Rede sein. Verschiedene Charakteristika, die den (frühen) Spät- vom Frühkapitalismus unterscheiden (etwa die Entkopplung ökonomischer Elitefunktionen vom Produktionsmitteleigentum; die marktbeherrschende Stellung von Kapitalgesellschaften; Machtkonzentration durch Monopol- bzw. Oligopolbildungen), sind keineswegs eliminiert worden, sondern geradezu konstitutive Elemente auch des globalen Kapitalismus.

³ Gewissermaßen: Denn bestimmte „Globalisierungs“-Dimensionen, etwa die grenzüberschreitenden Risiken durch Atom-„Waffen“ und ökologische Rücksichtslosigkeiten (Beck 1986), sind – sollen Verharmlosungen vermieden werden – gewiss als „global“ zu charakterisieren.

⁴ Vgl. dazu z. B. Senghaas (1994), S. 158: „Der Pro-Kopf-Ressourcen- und Energieverbrauch, wie er in den hochindustrialisierten Industrieländern üblich ist, würde - auf die Welt übertragen – in wenigen Jahrzehnten ihr ökologisches Ende bedeuten.“

⁵ So lässt sich z. B. zeigen, dass die allenthalben konstatierbaren, oft allzu einseitig mit einem Trend zur „Ego-Gesellschaft“ in Verbindung gebrachten „Individualisierungsschübe“ (Beck 1986, S. 121 ff.) immerhin auch mit einer verstärkten Hinwendung zu humanen Werten, mit neuen, möglicherweise ausbaufähigen Formen des Altruismus einhergehen (Beck 1997 a; Heitmeyer 1997, Bd. 2).

⁶ Dass er die Thematik auch nur annähernd erschöpfe, kann freilich nicht beansprucht werden – als „Zeitalter-“ werden Globalisierungsprobleme des fortgesetzten Diskurses bedürfen. Wie das „Jahrbuch für Pädagogik“ bereits in der Vergangenheit wiederholt mit globalisierungsspezifischen Themen befasst war (vgl. bes. die „Jahrbücher“ 1996, 1998, 2001), dürfte es auch künftig Anlass haben, mit dem Komplex in Berührung zu bleiben.

⁷ Exemplarisch etwa ZfP (1993), Themenkomplex „Schulentwicklung und Bildungsmarkt“; Krüger/Olbertz (1997). Für eine kritische Übersicht vgl. etwa Seitz (2002), S. 335.